

Erklärung der Bayerischen Arbeitsgemeinschaft für Bergbauernfragen

Günstige Rahmenbedingungen für eine vitale Berglandwirtschaft

Anliegen für die Mehrjährige Finanzplanung und die EU-Agrarpolitik von 2014 bis 2020

Die Bayerische Arbeitsgemeinschaft für Bergbauernfragen fordert von der Bundesregierung, der Bayerischen Staatsregierung und vom Europaparlament eine stark finanzierte EU-Agrarpolitik (GAP) und Fortführung der bisherigen Bundes- und Landesmittel zur Kofinanzierung von Maßnahmen der zweiten Säule der GAP mindestens auf dem bisherigen Niveau. Das bewährte „Baukastenprinzip“, das heute die EU-Agrarpolitik ermöglicht und das spezielle Fördermaßnahmen für die landwirtschaftlichen Betriebe im Berggebiet umfasst, ist über 2013 hinaus sicherzustellen.

Die Bayerische Arbeitsgemeinschaft für Bergbauernfragen bekräftigt ihre Forderung zur Einführung einer gekoppelten Raufutterfresserprämie im Rahmen der 1. Säule der GAP und der für Bayern verfügbaren Direktzahlungen in Berggebieten und anderen klar abgrenzbaren natursensiblen Gebieten. Zielsetzung ist der Erhalt und die Pflege der Kulturlandschaft durch aktiv wirtschaftende Betriebe mit Tierhaltung (vor allem Rinder, Schafe und Ziegen).

Ergänzend dazu fordert die Arbeitsgemeinschaft einen Zuschlag für die ersten Flächeneinheiten eines jeden Betriebs auf die EU-Direktzahlungen als Ausgleich für den Wegfall des Modulationsfreibetrags als Strukturkomponente zur Sicherung der besonderen Basisleistungen der Bergbauern und anderen bäuerlichen Betrieben für einen vitalen ländlichen Raum.

Da die Bergbauern besondere Leistungen für die Biodiversität und beim Klimaschutz erbringen, setzt sich die Arbeitsgemeinschaft darüber hinaus für die Erfüllung der Greening-Anforderungen durch Bergbetriebe per Definition ein. Außerdem unterstützt die Arbeitsgemeinschaft eine Anhebung der Greening-Freigrenze auf die Hälfte der nationalen Betriebsdurchschnittsgröße in den einzelnen Mitgliedstaaten.

Bei der Definition des aktiven Landwirts lehnt die Arbeitsgemeinschaft die geplante Einkommensprüfung als bürokratisches Monster ab. Jeder, der seine Flächen aktiv bewirtschaftet und Lebensmittel, Futtermittel oder Energie erzeugt oder seine Flächen im Rahmen eines Agrarumweltprogramms pflegt, soll dafür EU-Direktzahlungen erhalten.

Die für die Bergbauern besonders wichtige Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete muss nach Auffassung der Arbeitsgemeinschaft in Bayern weiterhin in der zweiten Säule der GAP verankert bleiben, um eine flexible an die

spezifischen Bedürfnisse der Bergbauern angepasste ergänzende Hilfe zu den EU-Direktzahlungen auch künftig zu ermöglichen.

Die Arbeitsgemeinschaft setzt sich für eine differenzierte Weideprämie im Rahmen der 2. Säule der GAP ein: Fortführung der bisherigen Prämie mit 30 Euro/GV (3 Monate Weidezeit) und Einführung einer Weideprämie mit 50 Euro/GV ab einer Weidezeit von 4 Monaten. Dabei ist auf einen möglichst einfachen und praxisgerechten Verwaltungsvollzug zu achten. In diesem Zusammenhang gilt es zur Verbesserung der Haltungsbedingungen auch die Umstellung auf kleine Laufställe besonders zu unterstützen.

Zudem sollte das Bayerische Bergbauernprogramm auch in den nächsten Jahren durch eine entsprechende, eigenständige Finanzmittelausstattung weiter gestärkt werden.

Die Arbeitsgemeinschaft begrüßt die geplante Einführung einer europäischen Schutzmöglichkeit für Produkte aus dem Berggebiet. Hierfür bieten sich das Label für regional erzeugte "Produkte aus dem Berggebiet" und zusätzlich der gesetzliche Schutz des Begriffes "Alp und Alm" an. Voraussetzung ist, dass die Ausgangsprodukte einschließlich Futter überwiegend auf einer staatlich anerkannten Alm oder Alp erzeugt werden.

Schließlich fordert die Arbeitsgemeinschaft Rat, EU-Parlament und EU-Kommission auf alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um den bürokratischen Aufwand der GAP zum Beispiel durch eine obligatorische Umsetzung der Kleinbetriebsregelung, der Halbierung der Prüfquoten bei gut funktionierenden Kontrollsystemen oder ausreichenden Toleranzen zu minimieren.

München, den 30.11.2012

Alfons Zeller, Staatssekretär a.D. und Präsident der Bayerischen Arbeitsgemeinschaft für Bergbauernfragen

Walter Heidl, Präsident des Bayerischen Bauernverbandes

Georg Mair, Vorsitzender des Almwirtschaftlichen Vereins Oberbayern e.V.

Franz Hage, Vorsitzender des Alpwirtschaftlichen Vereins im Allgäu